



INTERNATIONAL

LAGEBILD
BRASILIEN

INTERNATIONAL

PALÄSTINA

BERLIN

KITA-STREIK

BRD

KRISE

NRW

CDU MAFIA

FRAUEN

KINDERARMUT

HAMBURG

GRUNDEINKOMMEN

KULTUR

PALÄSTINA

INHALT

4 INTERNATIONAL

6 BRD

12 BILD DES MONATS

14 INTERNATIONAL

16 FRAUEN

17 BERLIN

18 NORDRHEIN-WESTFALEN

20 HAMBURG

22 KULTUR

LAGEBILD BRASILIEN

**DER KRANKE MANN EUROPAS:
DEUTSCHLANDS TAUMEL ZWISCHEN
ÖKONOMISCHEM VERFALL
UND POLITISCHEM NIEDERGANG**

PALÄSTINASOLIDARITÄT INTERNATIONAL

**PALÄSTINA: DER WIDERSTAND ERRINGT
POLITISCHE SIEGE**

**KINDERARMUT WEITERHIN AUF
HOHEM NIVEAU**

ARBEITSKAMPF IN DEN BERLINER KITAS

**EUROPAS GRÖSSTES BORDELL –
KRIMINELLES NETZWERK
INKLUSIVE INNENMINISTER**

**„HAMBURG TESTET GRUNDEINKOMMEN“
KLINGT DOCH GUT, ODER?**

EINIGE FILME ÜBER PALÄSTINA

KONTAKT

Bei Fragen, Anmerkungen, Vorschlägen oder Anfragen für
Abos schreibt uns eine Mail an
rotepost@gmx.de

V. I. S. D. P.

Franziska Vogler
Blodigstr. 15
80933 München

EIGENTUMSVORBEHALT

Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung einschließlich ihrer Beilagen solange Eigentum der/des AbsenderIn, bis sie den Gefangenen ausgehändigt worden ist. „Zur-Habe-Nahme“ ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Rote Post den Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie der/dem AbsenderIn mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzuschicken.

Liebe Leser der Roten Post,

international entfaltet sich der Kampf zwischen Revolution und Konterrevolution insbesondere in den unterdrückten Nationen. Maßgeblich dabei sind die zwei Strömungen, die Internationale Kommunistische Bewegung und die nationalen Befreiungsbewegungen.

In Indien tönt die Reaktion vom baldigen Ende der Naxaliten. Sie träumen von der Vernichtung der Kommunistischen Partei Indiens (Maoistisch). Sie schicken tausende Paramilitärs in die Dschungel des Roten Korridors. Aber Unterdrückung erzeugt mehr Widerstand und sie können die Revolution nicht in Blut ertränken. Ein ganz wunderbares Beispiel dafür zeigt eine kurzfristige Mobilisierung von bis zu 700 bewaffneten Bauern in Kashipur, Rayagada, Odisha. Ein Bauernführer im Kampf gegen den Bauxit-Bergbau in der Region wurde von der Polizei verschleppt, worauf hin sich Bauern verschiedener Dörfer auf den Weg machten. Sie stürmten das Gelände der Polizeistation, in welcher ihr Genosse gefangen gehalten wurde, forderten seine Freilassung und ließen sich auch von eintreffenden Verstärkungseinheiten nicht davon abbringen.

Bereits seit Mai tobt auf Kanaky ein bewaffneter Volkskampf gegen die französische Kolonialherrschaft. Der Terror, den die französischen Truppen auf dem Archipel verbreiten, die Morde und die Verschleppungen, haben den Kampf der Kanaken nicht eindämmen können. Mit der Ermordung zweier Aktivisten Mitte September erhöht sich die Zahl der Opfer, die das Volk in diesem Kampf gebracht hat auf elf.

Ebenso begannen in der zweiten September-Hälfte tagelange Kämpfe gegen den französischen Imperialismus auf Martinique. Demonstrationen und Straßenschlachten, Barrikaden, Brandstiftungen, Plünderungen und Schüsse folgten der Verhaftung von Unabhängigkeitsaktivisten und zwangen die französischen Kolonialherren, die berüchtigten Aufstandsbekämpfungseinheiten „Compagnies Républicaines de Sécurité“ zu entsenden. Besiegen konnten diese den Aufstand jedoch nicht.

Im Libanon richtet Israel aktuell ein ungeheures Blutbad an. Neue erschütternde Kriegsverbrechen und Bombenmassaker gegen das Volk Libanons haben binnen Tagen viele hundert Tote gefordert. Aber das Volk kennt die Gräueltaten der israelischen Invasoren und hat ihnen schon häufig getrotzt, auch wenn der nationale Widerstand einen hohen Blutzoll erforderte. Zuletzt erkämpfte sich die Widerstandsbewegung im Libanon 2006 den Sieg und zwang die israelischen Eindringlinge zum Rückzug. Es gibt keinen Grund, heute an der Entschlossenheit und Hartnäckigkeit der Libanesen zu zweifeln.

Die Gründung der Antiimperialistischen Liga muss und wird für die Entwicklung dieser Kämpfe eine wichtige Rolle spielen. Einheit und Kampf werden insbesondere auch den ideologischen Kampf voran bringen. Was eine unbedingte Notwendigkeit ist, damit die Kämpfe um nationale und soziale Befreiung eine Führung schaffen, die in der Lage ist, wahrhaftig das imperialistische Joch zu zerschmettern und die Volksmacht aufzubauen.

Vorwärts im Aufbau der antiimperialistischen Front!

Eure RoPo-Redaktion

LAGEBILD BRASILIEN

Woche für Woche und Tag für Tag verschärfen sich die Widersprüche in der brasilianischen Gesellschaft. Besonders für die armen und landlosen Bauern wird die Lebenslage unerträglich, sodass sie keine andere Wahl haben, als in direkte Konfrontation mit dem Latifundium – dem brasilianischen Großgrundbesitz – und all seinen Militärpolizisten, Söldnern etc. zu treten. Auch in den Städten, insbesondere in den Favelas, hat die revolutionäre Gärung einen nie dagewesenen Punkt erreicht. Wir halten es für wichtig einen kurzen Überblick über die jüngsten Entwicklungen im Land in den letzten zwei Monaten zu geben.

AUGUST

25. Juli: Besetzung von zwei Latifundien in Bahia durch fast 500 Landarbeiterfamilien. An der Besetzung des Alcobaca-Latifundiums nahmen 230 Familien teil, während mehr als 250 Familien das große Anwesen Boa União besetzten.

4. / 5. August: Gewaltsame Angriffe von Großgrundbesitzern auf die Guarani-Kaiowa Bauern und Landarbeiter in Mato Grosso do Sul, Brasilien. Es wurden zehn indigene Bauern bei einer Reihe von Übergriffen auf ihr Camp in Lagoa Panambi bei Dourados verletzt. Nach den Übergriffen blockierten die indigenen Bauern die MS-156-Autobahn in Richtung Dourados. Ähnliche Aktionen fanden dann im ganzen Land statt, darunter Blockaden der MA-014-Autobahn, wo indigene Bauern die Regularisierung und Demarkation der Taquaritiua-Länder fordern. Auch auf der BR-316-Autobahn haben etwa 100 indigene Bauern für ihr Land gekämpft.

12. August: Bewohner von Almeida blockieren eine Autobahn, setzen Reifen und andere Materialien in Brand und fordern die Auszahlung der Hilfen für den Wiederaufbau nach dem Unwetter in Mato Grosso do Sul (190 Menschen starben drei Monate zuvor dabei).

15. August: Studierende der Staatlichen Universität von Rio de Janeiro (UERJ) protestieren gegen die Aggressionen und Verfolgungen durch die Universitätsleitung. Einen Tag bevor eine Maßnahme in Kraft trat, die mehr als 6.000 Studierenden die Hilfen entziehen sollte, besetzten die Studierenden das Hauptgebäude der Institution. Während der Rektor die Sicherheitskräfte zur Repression anstiftete und sich über die Studierenden lustig machte, leisteten die Studierenden Widerstand gegen die Gewalt.

17. August: Ermordung des Bauern Melquisedeque Gomes da Silva am 17. August in der Mariposa-Gemeinde in Maranhão durch Handlanger der Großgrundbesitzer.

19. – 22. August: Proteste der Bewohner der Favela Complexo da Maré in Rio de Janeiro gegen eine Räumungsoperation der Militärpolizei. Diese Operation führte zur Zerstörung eines gesamten Wohnkomplexes und war bereits die 24. Polizeieinsatz in diesem Jahr im Complexo da Maré. Angriffe auf Protest durch Militärpolizei.

23. August: Bewohner von Manaus protestieren gegen Bürgermeister David Almeida auf dem Viadukt an der Avenida Boulevard Álvaro Maia, welches sie mit brennende Reifen blockieren. Aufruf zum Wahlboykott.

25. August: Die Bauernfamilien der Revolutionären Zone ‚Mãe Bernadette‘ (Minas Gerais) feiern den einjährigen Jahrestag der Rückeroberung des Landes mit einer großen Feier des Volksgerichts und einer politischen Veranstaltung, an der über 300 Menschen teilnehmen. Diese Feier findet auf dem Lagoa dos Portácios Bauernhof statt, wo 72 Parzellen für Besetzer und Gemeinschaftsflächen aufgeteilt wurden. Die Bauern, angeführt von der Liga der Armen Bauern (LCP), organisieren sich, um ihr Recht auf Land zu verteidigen, das ihren Vorfahren gehörte, aber nie anerkannt wurde.

26. August: Gewaltsamer Übergriff auf die Gregorio Bezerra II Besetzung in Jaguaruana, Ceará. Rund 50 bewaffnete Männer drangen in der Nacht in die Besetzung ein, um die Familien, die am Vortag das Baquit-Latifundium zurückerobert hatten,

und Terror zu vertreiben. Trotz der Bedrohungen weigerten sich die Familien, das Land zu verlassen.

27. / 28. August: Brutale Angriffe auf die Avá-Guarani Bauern in Tekoha Y'Hovy, Guaraíra, Paraná, am 28. August 2024. Die Angriffe, die von Großgrundbesitzern und bewaffneten Männern ausgeführt wurden, begannen in der Nacht des 27. August und führten

zu mindestens vier Verletzten, darunter zwei schwer Verletzte. Am 28. August kehrten die Angreifer zurück und setzten die Umgebung des Camps in Brand. Die Avá-Guarani erklärten entschlossen, dass sie bereit sind, für ihr Land zu kämpfen und zu sterben.

31. August: Gründung des „Komitees für den Boykott der Wahlfarce“ in Rio de Janeiro.



3. September: Vertreibung der Polizei aus einer Wohnanlage im Viertel Princesa Isabel in Porto Alegre während eines Einsatzes gegen bewaffnete Männer durch Anwohner.

5. September: Die Volksfrauenbewegung (MFP) gibt die Veröffentlichung der ersten Ausgabe ihrer Zeitschrift Nova Aurora bekannt.

5. / 6. September: Etwa 100 Einwohner von Amazonas beschlagnahmen mehr als eine Tonne Lebensmittel von einem auf dem Madeira-Fluss gestrandetem Floß. Das Floß gehörte der Firma AC de Navegação e Transporte LTDA und war auf dem Weg von Rondônia nach Manaus. Die z.T. Hunger leidenden Dorfbewohner waren teilweise bewaffnet

6. September: Die Avá-Guarani Bauern aus Terra Roxa, Paraná, leisten Widerstand gegen eine Operation der Nationalen Streitkräfte und der Militärpolizei, die darauf abzielte, die Indigenen zu vertreiben, die am 5. Juli das Grundstück besetzt hatten. Die repressiven Kräfte wurden von den Bauern, die mit Pfeil und Bogen kämpften, eingekesselt, zurückgedrängt und gezwungen zu fliehen. Ein Gewehr eines Leutnants des Bataillons der Militärpolizei wurde konfisziert.

7. September: 138 Bauernfamilien besetzen ein Latifundium in der Nähe von Mirante do Paranapanema, São Paulo.

9. – 11. September: Die Bauern von Aurizona im Bundesstaat Maranhão blockieren die Eingänge zu Vila Aurizona im

Kampf gegen das kanadische Bergbauunternehmen Equinox Gold, das ihre Ländereien besetzt, Pflanzen zerstört und die Familien der Bauern belästigt.

10. September: Bericht über außergerichtliche Hinrichtungen durch die Militärpolizei in São Benedito. In diesem Jahr bereits mindestens zehn solcher Vorfälle.

Mitte September: Nach dem Rückzug der Eindringlinge in den indigenen Gebieten Apyterewa und Trincadeira Bacajá kehren die Landräuber zurück und zerstören über 2.000 Hektar Wald durch Brandrodung für illegale Viehzucht und Holzernte

18. September: Ermordung des Indigenen Neri Kaiowá von Militärpolizisten während einer Operation im indigenen Gebiet Nhandaru Marangatu; die Häuser der Indigenen werden zerstört.

19. September: Studierende der UERJ demonstrieren trotz der Mobilisierung der Militärpolizei gegen die geplante Räumung der Besetzung. Uniformierte Schläger, die von der UERJ angeheuert wurden, versuchen gewaltsam, die Studierenden zu vertreiben, scheitern jedoch an ihrem Widerstand.

20. September: Notfalldemonstration der Studierenden. Trotz hunderten Militärpolizisten und schwerem Gerät gelingt es den Studierenden, sich zu organisieren, Barrikaden zu errichten und die Polizei zurückzudrängen •



DER KRANKE MANN EUROPAS: DEUTSCHLANDS TAUMEL ZWISCHEN ÖKONOMISCHEM VERFALL UND POLITISCHEM NIEDERGANG

Die ökonomische und politische Krise des deutschen Imperialismus ist allgegenwärtig – eine Überproduktionskrise im Ausmaß einer Depression und die Krise des Parlamentarismus, der bürgerlichen Demokratie, sind seit einigen Jahren und wohl noch länger andauernd prägnant.

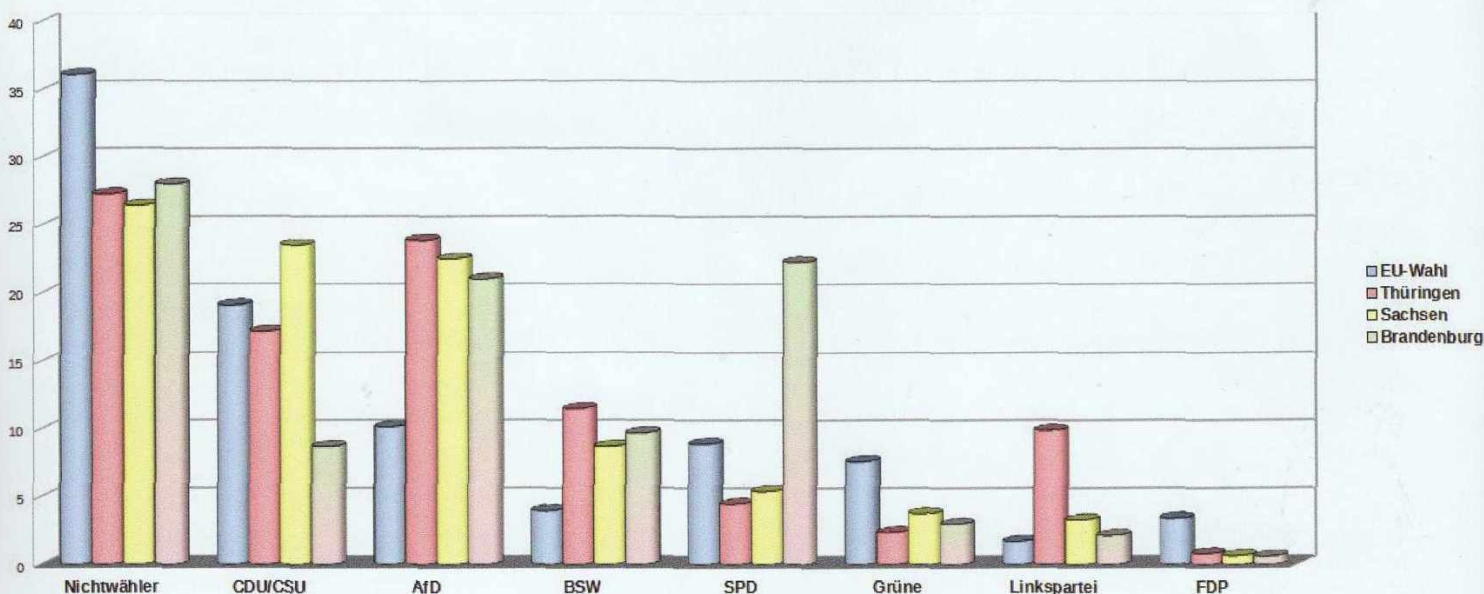
Die Wahlen zum Europäischen Parlament vor einigen Monaten führten zwar zu einer gewissen Stabilisierung der Interessendurchsetzung des deutschen Imperialismus durch das Europäische Parlament, doch die allgemeine Ablehnung der aktuellen Regierung durch die Bevölkerung wurde in diesen Wahlen noch deutlicher sichtbar.

Auffällig ist, dass die Nichtwähler, trotz der intensiven Mobilisierung der bürgerlichen Parteien – die Wahl wurde als Entscheidung zwischen Krieg und Frieden auf der einen Seite, sowie zwischen Faschismus und Demokratie auf der anderen Seite dargestellt – die größte Wählergruppe bilden. Die Fragilität der Stabilität in der EU wird unter anderem auch durch die politischen Querelen nach den Wahlen in Frankreich und den Widerstand gegen die deutsche Dominanz, verkörpert durch Ursula von der Leyen, deutlich. Diese Situation birgt erhebliche Herausforderungen und Hindernisse und erschwert die deutschen Bemühungen um eine einheitliche Führung, basierend auf dem Bündnis mit Frankreich, der EU

als (temporäre) Allianz der Imperialisten, was bereits deutlich spürbar wird.

Die Landtagswahl in Thüringen brachte „Spitzenwerte“ bezüglich der Wahlbeteiligung. Es war die zweithöchste Beteiligung seit der Annexion der DDR durch die BRD. Zuvor hatte es ein wochenlanges deutschlandweites mediales Theater gegeben, insbesondere um die Gefahr durch die AfD und Björn Höcke, eine drohende „Machtübernahme der Faschisten“ und die Verklärung dieser Wahlen zu „Entscheidungswahlen“. Entsprechend sprach der amtierende Ministerpräsident von Thüringen, Bodo Ramelow nach einem Verlust von knapp 60 Prozent, angesichts der Wahlbeteiligung trotzdem von einem „Festtag der Demokratie“. Trotz alledem blieben auch hier die Nichtwähler stärkste Partei und es wurde erneut deutlich, dass es für einen großen Teil der Menschen im Land nicht darum geht, wer oder was zur Wahl steht, sondern sie lehnen das System als solches insgesamt ab.

Diejenigen, die sich entschieden haben, dieses Jahr im Gegensatz zum letzten Mal zur Wahl zu gehen, haben dies in großer Zahl sowohl in Sachsen, als auch in Thüringen, ganz offensichtlich und erklärter Weise getan, um ihre Unzufriedenheit mit der Bundesregierung zum Ausdruck zu bringen. Die SPD verlor massiv an Stimmen. Die Grünen schafften es nicht



ins Landesparlament Thüringens und nur sehr knapp in Sachsen. Noch bitterer ist es für die FDP: In Thüringen rangiert sie ungefähr auf Augenhöhe der Tierschutzpartei und in Sachsen schafft die FDP nicht einmal die Hälfte der Stimme der faschistischen Kleinstpartei „Freien Sachsen“. Diese Regierung, die aktuelle politische Führung des deutschen Imperialismus, ist verantwortlich dafür, die Interessen des Finanzkapitals gegen das Volk durchzusetzen – in Zeiten einer schweren Krise und sie verliert immer mehr an Boden.

Die Landtagswahl in Brandenburg bietet grundsätzlich das gleiche, wenn auch leicht abweichende, Bild. Anders ist hier insbesondere, dass die SPD nicht desaströs abstürzte, sondern im Gegenteil sogar Stimmen hinzu gewann.

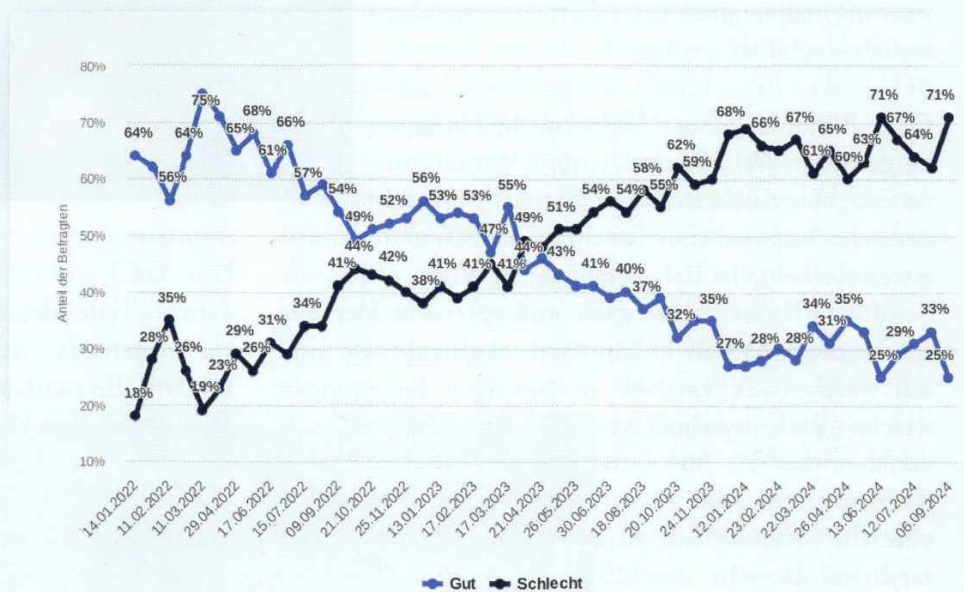
Bemerkenswert hierbei ist ein der Kampagne der Bundesregierung „Für Demokratie – gegen die AfD“ entsprechender Wahlkampf. Alles tun, damit ein AfD-Wahlsieg verhindert werde. SPD-Landeschef Woitke hat dies tatsächlich ganz gut umgesetzt. Außerdem hat er die AfD-„Ausländer raus!“-Demagogie übernommen. Noch beachtlicher ist jedoch, dass die Kampagne der Regierung – offenbar auch in Relation zu den anstehenden Regierungsbildungen in Thüringen und Sachsen – die CDU erfasst hat.

Es ist wohl ein Novum, dass Sachsens CDU-Chef Kretschmer nicht etwa die CDU, sondern die SPD unterstützte. Dafür wurde ein eigener Auftritt von Woitke und Kretschmer veranstaltet, auf welchem Kretschmer dann seine Unterstützung für den SPD-Kandidaten zum Ausdruck bringen konnte. Auch wenn es anschließend aus den Reihen der CDU dafür massive Kritik gab, ebnete er so den Weg für ein relativ stabiles Bündnis aus SPD und CDU gegen die AfD.

Offenbar wollte auch kaum jemand, der Woitke wählte, dies als eine Zustimmung für die SPD, die

Bundesregierung und deren Kopf verstanden wissen, wie diverse bürgerliche Umfragen zu den Wahlen ergeben haben. Darin sind sich auch die meisten bürgerlichen Wahl-„Experten“ einig.

Macht die Bundesregierung Ihrer Ansicht nach ihre Arbeit eher gut oder eher schlecht?



Die Wahlergebnisse der letzten Zeit bringen deutlich – auch in Frage der gewählten Parteien – die Ablehnung des Systems im Allgemeinen und im Speziellen der gegenwärtigen politischen Führung durch die Massen zum Ausdruck. Der Pate, der notorische Betrüger und Gangster Scholz, ist nicht nur der am meisten abgelehnte Kanzler in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, sondern führt auch eine Regierung mit einer sich immer weiter verschlechternden sozialen Basis an, welche nur durch den vom Krieg in der Ukraine verursachten Druck zusammen hält. Nach der Brandenburg-Wahl und insbesondere dem damit einhergehenden Desaster für die FDP – das dritte in Folge, das zweite Mal weit abgeschlagen hinter der Tierschutzpartei – und dem Rücktritt der Grünen-Parteispitze sind die Auflösungserscheinungen der gegenwärtigen Regierung eklatant.

Die tiefe politische Krise gipfelt darin, dass die bürgerlichen Parteien gezwungen sind, entweder ihre heuchlerischen Prinzipien aufzugeben oder instabile Bündnisse einzugehen. Durch den „Unvereinbarkeits-

beschluss“ der CDU mit der AfD und der Linkspartei wird einerseits die AfD von jeder Landesregierung ausgeschlossen, was wahrscheinlich ein baldiges Ende ihres „Höhenfluges“ bedeuten wird, da eine „Alternative“, die nicht einmal als stärkste Kraft an die Macht kommt, für die Menschen auch keine glaubwürdige Lösung mehr darstellt, wodurch andererseits sehr schwache Regierungen – zwangsweise mit dem BSW in Thüringen und Sachsen, was die CDU auch aus „Prinzipgründen“ hätte vermeiden wollen – gebildet werden.

Das „Bündnis Sahra Wagenknecht“ konnte in gewisser Weise ihren Anspruch, sich zur neuen „bürgerlichen Arbeiterpartei“, die der deutsche Imperialismus so dringend braucht, zu entwickeln, in den vergangenen Wahlen bestärken. Es ist jedoch ganz und gar nicht klar, wie solide diese Partei im Inneren überhaupt ist und mit welchem Personal sie in künftigen Regierungen welche Rolle spielen wird, es ist durchaus auch denkbar, dass sie nun kurzfristig als Steigbügelhalter fungieren und anschließend erneut implodieren. Für eine Entwicklung hin zu einer „bürgerlichen Arbeiterpartei“ braucht das BSW jedoch Stabilität und insbesondere auch einen bedeutenden Einfluss in den gelben Gewerkschaften. Wo sie heute in den Wahlen der SPD den Rang abläuft, muss sie dies künftig auch in den Gewerkschaften tun. Es ist besonders wichtig, hervorzuheben, dass diese neue „bürgerliche Arbeiterpartei“ eben genau bürgerlich ist und entsprechend als den Interessen der Arbeiterklasse widerstrebend entlarvt und verurteilt werden muss.

Ökonomisch werden alle Prognosen, je näher der Zeitpunkt, auf den sie sich beziehen, rückt, stets nach unten korrigiert. Die wichtigsten Wirtschaftsinstitute sagen ein weiteres Jahr Rezession voraus.

Wie drastisch die Krise ist, lässt sich an diversen Einzelfällen gut darstellen. Wir beginnen bei ThyssenKrupp. Unlängst warnte Bundestagspräsidentin Bärbel Bas (SPD) angesichts der Vorgänge bei einem der größten Monopole im Land sogar vor einem gänzlichen Verschwinden der Stahlindustrie in Deutschland: „[...] dann wird es bald keinen

Stahl mehr in Deutschland geben“. Vorbei also mit „Grünem Stahl“, made in Germany? Es stehen Werkschließungen und Stellenstreichungen im Zuge des Verkaufs der kriselnden Stahlsparte zur Debatte.



Protest bei ThyssenKrupp

Große Teile des Aufsichtsrats und des Unternehmensvorstands sind zurückgetreten. Im Frühjahr erklärte ThyssenKrupp, am Standort in Duisburg die Produktion von 11,5 auf 9 Millionen Tonnen pro Jahr zu reduzieren. Ex-Vorstandschef der Stahlsparte, der ehemalige SPD-Vizekanzler Sigmar Gabriel, hatte im August erklärt, dass der Duisburger Standort entweder verkauft oder geschlossen werden würde.

In Duisburg steht für große Teile der Arbeiterschaft der Job und damit die Existenz auf dem Spiel. In Essen blockierten Arbeiter darum den Zugang zum Firmensitz. Die Stahlarbeiter ließen eine Menge an Wut raus, was durch die IG Metall fälschlicherweise und zynischerweise auf eine Einzelperson kanalisiert wurde und besonders die Verbrecher aus dem Aufsichtsrat von ThyssenKrupp Steel um Sigmar Gabriel in Schutz nimmt.

Die Krise bei Volkswagen hat wohl jeder mitbekommen. Mit einem Jahresumsatz von knapp 350 Milliarden Dollar ist VW Spitzenreiter unter den Autoherstellern weltweit und auf Rang 11 der größten Unternehmen der Welt. 11,8 Prozent der Aktien an VW und 20 Prozent der Stimmrechte hält die BRD über das Land Niedersachsen. „Es fehlen uns die Verkäufe von rund 500.000 Autos, die Verkäufe für rund zwei Werke“, begründete VW-Finanzchef Antlitz die nun angekündigten Sparmaßnahmen. Im Juli diesen Jahres gab es Umsatzeinbruch in der Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagen-

teilen. Er liegt aktuell unter dem Niveau von 2021; der Gesamtumsatz in der Industrie geht bereits seit Corona bergab. VW hat die Haustarifverträge, inklusive Beschäftigungssicherung, aufgekündigt. Im Juli 2025 wären dann die angekündigten betriebsbedingten Kündigungen möglich.

Die Sozialdemokratie und ihre Gewerkschaften versuchen die Situation zu beruhigen. Der „Belegschaft“ sollen die Ängste genommen werden. Staatliche Maßnahmen wie Subventionen beim Autokauf sind wieder in der Diskussion. Unter der Federführung des Staates werden Pläne geschmiedet, wie Gewerkschaft einige „Erfolge“ erringen können, ohne dass die Pläne der Monopole, ihre Profite aufrechtzuerhalten, beeinträchtigt werden. „VW täte gut daran, sich in Deutschland einer Rosskur zu unterwerfen“, sagte der frühere Porsche-Chef und VW-Aufsichtsrat Wendelin Wiedeking.

Seit Ende August ist das von der Schließung bedrohte Audi-Werk in Brüssel, Teil des VW-Konzerns, im Streik. Dabei wurden eine Reihe von Schlüsseln konfisziert, womit Auslieferungen verzögert wurden, um den Druck zu erhöhen. Außerdem gab es Proteste, bei denen brennende Reifen in Form des Audi-Logo vor der Fabrik platziert wurden. An einer Streikdemonstration in Brüssel beteiligten sich über 10.000 Menschen.



ZF-Arbeiter ziehen durch Friedrichshafen

Die Krise in der deutschen Automobilindustrie trifft auch den Zulieferer ZF Friedrichshafen. Das Unternehmen plant, bis Ende 2028 bis zu 14.000 der 54.000 Stellen in Deutschland zu streichen. Nicht nur in der Produktion, sondern auch in der Verwaltung und der Entwicklung soll es Entlassungen geben. Auch hier gab und gibt es massive Proteste der Arbeiter.

Mitte September gab es die erste Verhandlungsrunde zwischen den regionalen Arbeitskäuferverbänden der Metall- und Elektroindustrie und der IG Metall.

Die Forderungen wurden von den Monopolen deutschlandweit blockiert. Trotzdem befand die IG-Metall-Spitze, es gäbe eine „respektvolle“ Atmosphäre. Weniger auf Kuschkurs sind indes die Arbeiter. In München gingen zum Auftakt der Verhandlungen über 5.000 entschlossen auf die Straße. Zum Auftakt der Verhandlungen bei VW waren es ebenfalls Tausende.

Die Deutsche Bahn ist mit den alltäglichen Verspätungen und Zugausfällen in gewisser Weise Sinnbild für die deutsche Misere. Unlängst verscherbelte der Staat die Bahnlogistiktochter DB Schenker an die dänische Spedition DSV. Und es kamen weitere Pläne über den Ausverkauf des Staatsunternehmens an die Öffentlichkeit: Die Güterbahntochter DB Cargo soll „abgestoßen“ werden. Angeblich fehle es an Kapital. Dabei wurden erst vor wenigen Monaten über die Staatsbank KfW – über die der deutsche Staat etwa Beteiligungen an

der DHL oder der Deutschen Telekom hält – 110 Millionen Telekom-Aktien im Wert von rund 2,5 Milliarden Euro verkauft, um diese in die Deutsche Bahn zu investieren. Weil die staatsmonopolistischen Lösungsansätze gegen die in der Verfassung verankerte Schuldenbremse verstoßen – eine „Lösung“ der „Finanzkrise“ 2007 bis 2009 um die Krisenlasten auf andere Länder, wie

Griechenland, abzuwälzen – muss das Geld eben anders beschafft werden.

Die Güterbahnen des Staatsunternehmens sind angeblich hoch defizitär. Allein im ersten Halbjahr 2024 schrieb DB Cargo operativ ein Minus von 261 Millionen Euro. Gleichzeitig schrumpft die beförderte Gütermenge. DB Cargo hat jedoch immer noch einen Marktanteil von rund 40 Prozent am deutschen Schienenverkehr. Welche Konsequenzen solche Verkäufe für die Arbeiter haben, zeigt sich bei Schenker: Zwischen zwei- bis sechstausend Arbeiter sollen vor die Tür gesetzt werden. Verkehrsminister Volker



Protest vor dem VW-Werk in Zwickau

Wissing, der die Bahn verantwortet, hat über Jahre den desolaten Zustand des deutschen Bahnnetzes bewusst verschleierte. Die systematische Intransparenz macht nicht nur erhebliche Probleme, sondern ist vornehmlich Ausdruck, wie groß die Krise bei der Bahn tatsächlich ist.

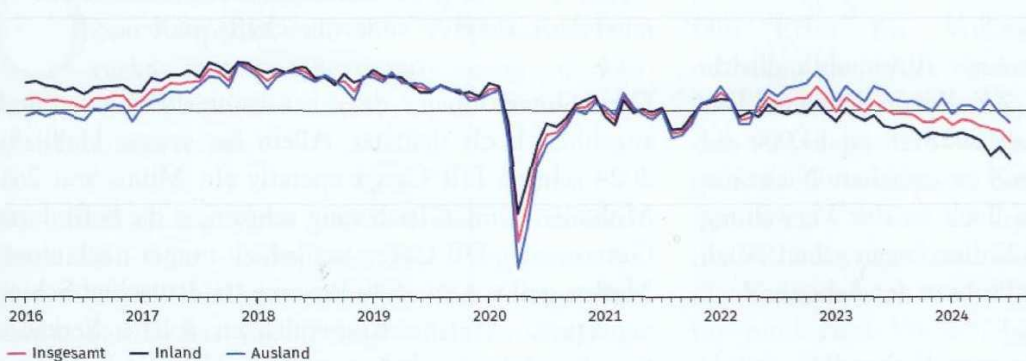
20 Prozent verlor die Intel-Aktie vor kurzem, nach der Ankündigung eines massiven Stellenabbaus. Offenbar sind die Börsenspekulanten nicht davon überzeugt, dass dem Halbleiterunternehmen damit der große Wurf gelungen ist. Rund 15.000 Arbeitsplätze, etwa 15 Prozent der Belegschaft, sollen wegfallen. Das sind schlechte Nachrichten für den deutschen Imperialismus, denn für diesen soll Intel in Magdeburg in Sachsen-Anhalt eine riesige neue Fabrik bauen.

Das war eine der größten Investitionen eines ausländischen Konzerns überhaupt und sollte nicht nur den „Chipstandort Deutschland“ stärken, sondern der kriselnden Wirtschaft insgesamt einen Impuls geben. Darum zahlte der Staat auch etwa ein Drittel der Gesamtinvestition. Zu den Investitionsvorhaben in Deutschland, aber auch in Frankreich und Italien, verlor der Konzernchef jedoch noch kein Wort.

Signifikant hier ist die Abwärtsentwicklung seit 2023

Umsatzindex im Verarbeitenden Gewerbe

Volumenindex 2021 = 100; Kalender- und saisonbereinigt (X13 JDemetra+)



© Statistisches Bundesamt (Destatis), 2024

Die Papenburger Meyer Werft schippert seit Beginn der aktuellen Krise in Deutschland in finanziell turbulenten Gewässern. 2020 feierte man noch 225-jähriges Bestehen und Vorjahresgewinne der Meyer Neptun Gruppe von 16,8 Millionen Euro. 2021 gab es schon einen Verlust von 181,7 Millionen Euro.

Millionenbetrag aufnehmen. Bürge: das Land Niedersachsen.

Mitte diesen Jahres wird dann klar: Es fehlen 2,7 Milliarden Euro, um den Schiffbau zu finanzieren und die Verluste auszugleichen, sowie die Sanierung zu bezahlen. Mit Zustimmung der zuständigen Haushaltsausschüsse von Land und Bund ist gerade ein Rettungsplan offiziell beschlossen worden. Für 400 Millionen Euro kauft der Staat 80 Prozent der Anteile an der Werft und gewährt gleichzeitig zwei Bürgschaften von jeweils knapp über eine Milliarde Euro, um Kredite von Banken abzusichern. Die Standorte Papenburg und Rostock-Warnemünde gehen zunächst in Staatsbesitz über. Der Standort in Turku (Finnland) bleibt in den Händen der Familie Meyer, der auch bei den deutschen Standorten ein

Mitte 2023 muss die Werft einen Großkredit über einen dreistelligen

Rückkaufsrecht eingräumt wird.

Bosch, ZF, Meyer, BASF, Hamburger Hafen, DB, ThyssenKrupp, VW, SAP usw. usf. – überall stehen große Entlassungen bevor und der „kranke Mann Europas“ kommt aus den Negativschlagzeilen

nicht heraus. Neben vielen Details sind dabei vor allem zwei Dinge von besonderem Gewicht.

Zum einem erfasst die ökonomische Krise immer breitere Schichten, insbesondere auch die höheren Schichten des Proletariats und die Arbeiteraristokratie, die besonders die Stammebelegschaften großer Industrieunternehmen in Deutschland ausmachen. Dadurch verlieren diese die Vorzüge, die sie durch die Bestechung durch den Imperialismus bislang erhielten. Entsprechend verschärfen sich die Widersprüche und die Kampfbereitschaft der Arbeiterklasse erhöht sich. Damit geht der Imperialismus seiner sozialen Basis verlustig. Was die Notwendigkeit einer neuen „bürgerlichen Arbeiterpartei“ mit einem großen Einfluss in den gelben Gewerkschaften weiter erhöht und auch die Chancen auf eine derartige Entwicklung vergrößert. Die Bestechung breiter Schichten des Volkes durch imperialistischen Extraprofit, damit sie „mit dem Staat“ gehen und der „soziale Frieden“ bewahrt wird, wird am Beispiel der vergleichsweise gut gestellten Stammebelegschaft von VW besonders deutlich. Mit dem Novum der massenhaften Kündigungen bis hin zu möglichen Werksschließungen erfährt dieser falsche „Frieden“ weitere Risse und die Krise erreicht immer breiterer Schichten des Volkes.

Zum anderen spielt innerhalb der Entwicklung der Überproduktionskrise die Unfähigkeit der Regierung in ihrer politischen Handhabung eine besondere Rolle, die sich aktuell darin ausdrückt, dass die Krise

die deutschen Monopole stärker trifft als in anderen Ländern. Der deutsche Imperialismus hat seine Pläne grundsätzlich verfehlt, sich weniger abhängig von den USA zu machen und besonders in Frage der Energieversorgung unabhängiger zu werden. So ist aktuell die teure Strom- und Gasversorgung in der Industrie eine reelle Schwächung Deutschlands gegenüber seinen imperialistischen Konkurrenten.

Einhergehend scheidet die Entwicklung des staatsmonopolistischen Kapitalismus, der Keynesianismus, die Sozialdemokratie. Darum scheidet die Bundesregierung auch immer wieder mit allen möglichen Versuchen aus der Krise heraus zu manövrieren. Letztlich bleibt dann, dass der Wirtschaftsminister über die Verfassung jammert und der Kanzler meint, alle die von Krise sprechen seien einfach nur schlecht gelaunt. Auf diesem Niveau bewegt sich die Führung des deutschen Imperialismus tatsächlich. Die Regierung ist schwach und schlecht und schließlich ist das Bild der eingestürzten Carolabrücke in Dresden einfach nur symptomatisch. •

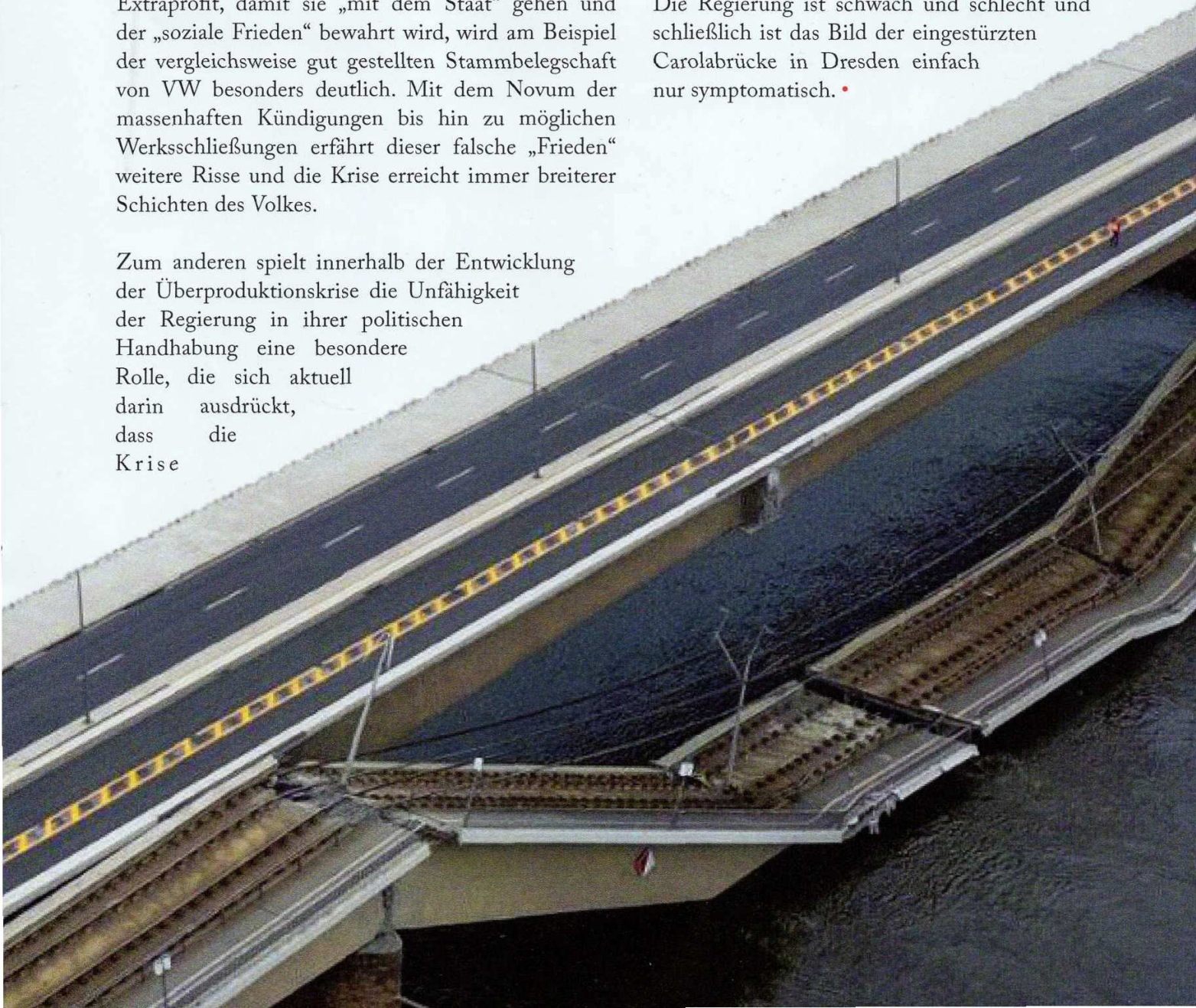


BILD DES MONATS



Solidaritätsaktionen für Palästina im August und September weltweit: England, Jordanien, Marokko, Kanada, Australien (obere Reihe); Finnland, Norwegen, Österreich (x2), Niederlande (Reihe darunter); Indonesien, Finnland, Norwegen, Oman, Niederlande (Reihe darunter); Deutschland (x2) und Dänemark in der Mitte; Somalia, Italien, Brasilien, Dänemark, Brasilien (Reihe darunter); Australien, Frankreich, Irland, Mexiko, Brasilien (Reihe unten)

Quelle: Red Herald

NOHSKE STYRKER
UT AV RØDEIA
**STOPP
KRIGSPROFITØRENE!**

**NAPAK TILAS
PERJUANGAN
SAYIDINA
MUSLIMIN**

**STØTT DEN PALESTINSKE
HJØTSTANGSKAMPEN!
FRITT PALESTINA!**

**ELÄÄNTÖ PÄÄLLÄ
VAPAAUSRAISTELU!**

**LIBÉREZ
GEORGES
ABDALLAH**
MILITANT LIBANAIS
COMBATTANT EN PRISON
DEPUIS 40 ANS POUR SON
SOUTIEN À LA PALESTINE
ET SES LUTTES
CONTRE LE SIONISME

**FERMIA
IL
NOCIDIO A GAZA
O GAZA
انقذوا
الغزة**

**FREE
PAL
FOR
STO**



VORAN IM
AUFBAU DER
ANTIIMPERIALIS-
TISCHEN LIGA!

FROM THE RIVER TO
THE SEA
PALESTINE WILL BE
FREE

I ❤️
PALESTINE

OPEN BOOT
GEEN VERSTERKTE MUIZEN

12:30
N.A.P.

LEVİ BEN İRİTRAKİON
PALESTİNEKİ
MÜHTAŞERİN
DÜŞÜNÜŞÜ
KİTAPÇIĞI
KİTAPÇIĞI
KİTAPÇIĞI

KATIL ABD
İzmir Limanı'ndan
DEFOLİ

PALÄSTINA: DER WIDERSTAND ERRINGT POLITISCHE SIEGE

Seit einem Jahr führt das israelische Militär einen Vernichtungsfeldzug im Gazastreifen im besetzten Palästina durch, den sie „Operation Eiserne Schwerter“ getauft haben, und der sich das unmögliche Ziel gesetzt hat, die nationale Widerstandsfront Palästinas zu zerstören.

Entsprechend der Zahlen Mitte September sind wohl weit über 50.000 Palästinenser in Gaza, darunter knapp 16.500 Kinder ermordet worden. Zehntausend sind noch unter den Trümmern ihrer Heimat begraben. Fast 100.000 wurden verletzt, 60 Prozent der Wohngebäude, 80 Prozent der Geschäfte, 85 Prozent der Schulgebäude sind zerstört, 65 Prozent des Ackerlandes unnutzbar gemacht, nur noch die Hälfte der 36 Krankenhäuser kann irgendwie betrieben werden und 65 Prozent des Straßensystems sind kaputt. Auch im Westjordanland wurden viele Menschen ermordet und Gebäude zerstört. Jede Stunde werden über Gaza, das die Fläche einer mittleren Großstadt besitzt und mehr als 2 Millionen Einwohner zählt, 42 Bomben abgeworfen, zwölf Gebäude zerstört und sechs Kinder ermordet.

Seit dem 7. Oktober 2023 hat die IDF nachweislich eine Vielzahl von Akten des Völkermords begangen:

- wahllose Massenverhaftung, Inhaftierung und Vertreibungen
- Hinrichtungen von unbewaffneten palästinensischen sich ergebenden Kombattanten, Häftlingen, Ärzten und Arbeitern
- Drohungen mit und Anwendung von Verstümmelung, Tod, Brandstiftung und Vergewaltigung
- ohne gesetzlichen Anklagen festgehaltene Palästinenser foltern, vergewaltigen, demütigen und ermorden
- übermäßige Gewalt in Form zielgerichteter Zerstörung von dutzenden von Schulen und Krankenhäusern
- grausam und unnötige Entweihung und Verstümmelung verstorbener Palästinenser
- keine – zumindest keine hinreichende – Unterscheidung zwischen Kombattanten und Zivilisten
- Zerstörung einer Vielzahl von kulturellen,

religiösen und Bildungsstätten

- Einsatz von unkonventionellen, laut Kriegsrecht verbotenen, Waffen, wie weißem Phosphor und Sprengfallen, Einsatz von Verhungern und Verdursten als Mittel des Krieges
- Angriffe auf Gebiete, welche von Israel als „sicher“ garantiert wurden und in welche Zivilisten auf Anordnung Israels getrieben wurden

Eine Vielzahl von offiziellen und halboffiziellen Vertretern und Institutionen Israels haben die genozidalen Absichten Israels offen ausgedrückt, was das Ziel der zuvor genannten Verbrechen verdeutlicht und sie somit zu Völkermord-Verbrechen macht. Zum Beispiel sagte der israelische Kriegsminister Yoav Gallant, die Menschen in Palästina entmenschlichend: *„Es wird keinen Strom, kein Nahrung, kein Wasser, keinen Treibstoff geben ... Wir kämpfen gegen menschliche Tiere und werden entsprechend handeln.“*

DER AUSGANGSPUNKT

Die Grundlagen für die aktuelle Situation in Palästina ist der 2020 begonnene Einkreisungs- und Vernichtungsfeldzug mit dem von Trump eingefädelten „Friedensplan“ und den Abraham-Abkommen, die Normalisierung der Verhältnisse zwischen Israel und den reaktionären arabischen Regimes, um den Widerstand in Palästina zu isolieren und anschließend das Volk Palästinas zu vernichten bzw. zu vertreiben. Die Verbliebenen sollten innerhalb Israels in Ghettos bzw. Arbeitslager gesperrt werden.

Vor dem Hintergrund einer jahrelangen Defensive hat sich die Nationale Widerstandsfront Palästinas, die gegenwärtig die objektive Führung des palästinensischen Volkes darstellt, lange Zeit auf eine Gegenoffensive gegen die Einkreisung vorbereitet. Drei Tage nachdem israelische Siedler die Al-Aqsa-Moschee stürmten, leitete der nationale Widerstand die als „Al-Aqsa-Flut“ bekannte Gegenoffensive aus dem Gazastreifen heraus ein.

Israel agiert seitdem hauptsächlich entsprechend ihrem Vernichtungsplan, aber auch im Zusammenhang mit der tiefen internen politischen Krise. Israel führt den Krieg auch für seine innere Stabilität, denn die

Mehrheit steht treu an der Seite der Völkermörder, auch wenn sie gegen die Regierung protestieren. Darum wurde der Krieg auch in den Jemen und Libanon getragen, wo der israelische Staat vor kurzem mit abscheulichen Massakern und ohne jede Kriegserklärung begonnen hat, einen brutalen Angriff auf das Volk auszuführen.

DER WIDERSTAND

Die nationale Widerstandsfront Palästinas richtet sich mit ihren Aktionen gegen die unmittelbare Einkreisung und Vernichtung. Zu diesem Zweck haben sich bis zu 15 kämpfende Organisationen zusammengeschlossen, darunter die *Hamas, Palästinensischer Islamischer Dschihad, Komitees des Volkswiderstandes, Volksfront zur Befreiung Palästinas, Volksfront zur Befreiung Palästinas (Oberkommando), Demokratische Front zur Befreiung Palästinas, Höhle der Löwen, Al-Aqsa Märtyrerbrigaden und die Palästinensische Mudschahedin-Bewegung*. Die Einheitsbasis dieser Organisationen besteht in der Verteidigung der palästinensischen Gebiete gegen die ethnische Säuberung, mit gerechtfertigten Minimalforderungen.

Obwohl sie massiven Spaltungsversuchen ausgesetzt ist, erhält und stärkt die Front im Kampf ihre Einheit mit einer Einheitsbasis von Forderungen: *Ende der Aggression, vollständiger Rückzug Israels aus Gaza, Ende der Blockade, Wiederaufbau und Austausch von Gefangenen*. Einen weiteren wichtigen Erfolg erreichte der Widerstand mit dem „Pekinger Abkommen“, das am 23. Juli von insgesamt 14 Organisationen aus Palästina, inklusive der Fatah, unterzeichnet wurde. Die Fatah hat über Jahre hinweg die Interessen des palästinensischen Volkes verraten und die politischen Interessen der USA und Israels im Westjordanland durchgesetzt. Nur durch den Kampf der Widerstandsfront konnte die Fatah dazu bewegt werden, entsprechend dem Abkommen danach zu streben, *„eine umfassende palästinensische nationale Einheit erreichen, die alle palästinensischen Fraktionen im Rahmen der PLO miteinbezieht, und sich der Errichtung eines*

unabhängigen palästinensischen Staates mit Jerusalem als Hauptstadt verpflichten“, denn sonst würde sie als politische Partei ihre allerletzte Akzeptanz unter dem Volk verlieren. Die Offensive Israels im Westjordanland, die es selber dort als größten Einsatz dort seit der Zweiten Intifada bezeichnet, ist unter anderem eine Reaktion auf das „Pekinger Abkommen“ und die Beteiligung der Fatah.

Trotz den Landesverkäufer-Regierungen in den arabischen Staaten gibt es mehrere patriotische Organisationen, in erster Linie schiitische Milizen, die den palästinensischen Widerstand mit bewaffneten Aktionen unterstützen. Neben Hisbollah, Libanon, und Ansar Allah, Jemen, kämpft im Irak der „Islamische Widerstand“ gegen die Yankees und auch gegen Israel.

Die unterdrückten Völker der Welt haben das Recht im Kampf gegen ihre Unterdrücker ihre eigenen Kampf-, Organisations- und Führungsformen zu wählen. Auch der Einfluss finsterner Mächte wie China oder Russland oder auch dem iranischen Regime ändert nicht die Rolle der Organisationen in Palästina und den arabischen Ländern, die bewaffneten Kampf gegen die Imperialisten und Besatzer führen. Die heutige palästinensolidarische Bewegung in der BRD ist vielfach eine spontane Massenbewegung. Es ist notwendig, Formen zu schaffen, welche über den spontanen Charakter der Massenbewegung hinausgehen. •



KINDERARMUT WEITERHIN AUF HOHEM NIVEAU

Laut einem Bericht des UNICEF-Forschungsinstituts schneidet Deutschland im internationalen Vergleich der EU und OECD Länder schlecht ab, wenn es um Kinderarmut geht. Mit Platz 25 von 39 liegt die BRD damit im unteren Mittelfeld. Gemessen an der Wirtschaftsleistung des Landes ist die Armut unter Kindern und Jugendlichen seit langem schon auf einem hohen Niveau. Seit etwa 10 Jahren ändert sich nichts Wesentliches an der Rate.

Laut offizieller Statistik der EU war im Jahr 2023 knapp jeder vierte Jugendliche (23,9 Prozent) oder jedes vierte Kind von Armut und sozialer Ausgrenzung bedroht. Als armutsgefährdet gilt, wer weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens der Gesamtbevölkerung bekommt. 2023 waren das für eine alleinstehende Person 1.314€ netto im Monat. Freizeitaktivitäten, Ausflüge mit der Familie oder der Schulklasse, Klassenfahrten, neue Klamotten oder Kinderbücher kaufen werden problematisch, und oft muss einfach verzichtet werden. Das grenzt deutlich von sozialer Teilhabe aus und führt dazu, dass Kinder den Anschluss zu Gleichaltrigen verlieren. Diese Begrenzungen und die Geldsorgen, die auch Kinder mitbekommen, wirken sich auch auf das Verhalten der Kinder aus. Laut der oben genannten Studie zeigen Kinder, die dauerhaft oder immer wieder in Armut leben, mehr als doppelt so häufig „Verhaltensauffälligkeiten“, haben Probleme mit der deutschen Sprache usw.

Was wird denn dagegen unternommen? Was für Maßnahmen und Ausgaben sind geplant? In den aktuellen Plänen der Regierung für 2025 sind zunächst finanzielle Entlastungen für Bonzen vorgesehen. Alleinstehende mit 8.000 Euro Monatseinkommen z.B. werden um 500 Euro entlastet. Trotz den Forderungen nach einer Erhöhung des Kindergeldes wird dem nicht nachgekommen, stattdessen gibt es eine Erhöhung des Kinderfreibetrags, d.h. des Anteils des Lohnes, der nicht versteuert werden muss. Wird der Kinderfreibetrag von Menschen mit hohem Einkommen mit der Steuererklärung beantragt, können diese um über 1.500 Euro entlastet werden. Auf der einen Seite wird also erklärt, es wäre kein Geld da für die Kindergrundsicherung, und im gleichen Atemzug wird Geld durch höhere Freibeträge an

Bonzen verschenkt. Es ist für die Bourgeoisie nicht von Interesse, Kinderarmut zu bekämpfen, interessanter ist es, die Lasten der Krise auf die Ärmsten abzuwälzen.

Ein Schritt in die richtige Richtung wäre, das Kindergeld wesentlich zu erhöhen und die Kinderbetreuung zu verbessern und auszubauen, damit beide Elternteile ausreichend arbeiten können – für einen Lohn, der tatsächlich dafür reicht, eine Familie durchzubringen. Außerdem muss Kinderbetreuung kostenlos werden – momentan geben proletarische Familien durchschnittlich rund 10 Prozent ihres Lohns für die Kinderbetreuung aus.

Die Armut einer Familie mit Kindern wird besonders auf die Frau abgewälzt. An erster Stelle soll es dem Kind noch so gut wie möglich gehen. Auf das bisschen, was überbleibt, hat der Mann durch seine ökonomische Stellung in der patriarchalen Familie ein Vorrecht. Dafür verzichtet die Frau beispielsweise auf den Zumba-Kurs, den sie seit Jahren machen will, um die Schwangerschaftspfunde wieder loszuwerden. Die Frau muss kreativ werden, wenn es darum geht, das Geld aufzubringen um alte Klamotten zu ersetzen, ausreichend und einigermaßen nahrhaftes Essen zu kochen oder dem Kind am Geburtstag eine kleine Freude zu machen. Und das Geld, was sie mit Putzen gehen nebenher verdient, das muss leider für das Auto oder die neue Angelrute ausgegeben werden – davon haben schließlich alle was, besonders der Mann, der mit dem Auto zum Angeln fährt. So wird Kinderarmut in erster Linie ein Problem für die proletarische Frau.

Frauen sind außerdem öfter alleinerziehend und als solche besonders häufig von Armut bedroht. Der bundesweite Mangel an Kitaplätzen und die bekloppten Öffnungszeiten dieser tragen zum Problem mit bei, dass Frauen von der Teilnahme an der Produktion abgehalten werden. Eine flächendeckende Ganztagsbetreuung wäre ein Schritt in die Richtung, Frauen einen Vollzeitjob zu ermöglichen. •

ARBEITSKAMPF IN DEN BERLINER KITAS

Die Forderungen der Gewerkschaften sind klar und überschaubar: Im Vordergrund stehen tarifvertragliche Regelungen zur Sicherung der pädagogischen Qualität sowie zur Entlastung des Kita-Personals. Laut der GEW sollten in der Altersgruppe von ein bis drei Jahren maximal drei Kinder pro pädagogischer Fachkraft betreut werden. Zudem wird gefordert, dass sieben Wochenstunden für pädagogische Aufgaben wie Vor- und Nachbereitung sowie Elterngespräche in den Dienstplänen eingeplant werden.

In Berlin gibt es rund 280 städtische Kitas, in denen etwa 7.000 Erzieher und weitere Mitarbeiter für circa 35.000 Kinder verantwortlich sind. Der Senat lehnt jegliche Verbesserungen der Arbeitsbedingungen mit wenig überzeugenden Argumenten ab. In den letzten Monaten fanden bereits zahlreiche Streiks mit teils hoher Beteiligung und entsprechenden Auswirkungen statt. Solidaritätserklärungen aus verschiedenen Städten unterstützen die Streikenden in Berlin, denn die Situation ist nicht nur lokal, sondern ein bundesweites Problem.

Die Arbeiter in der frühkindlichen Bildung sind enormen psychischen und physischen Belastungen ausgesetzt. Laut „DAK-Gesundheit“ verzeichneten die Mitarbeiter in Kitas im Jahr 2023 mit 534 Arbeitsunfähigkeitstagen je 100 Versicherte die meisten Krankheitstage aller Berufe. Gleichzeitig gibt es in diesem Bereich die größte Fachkräftelücke aller Einzelberufe, was dazu führt, dass Kitas nicht mehr zuverlässig geöffnet sind, Öffnungszeiten verkürzt werden müssen und Gruppen zusammengelegt werden, wodurch kindgerechte Bildungsarbeit de facto nicht mehr möglich ist. Die Kita-Arbeiter sind sich bewusst, dass sie Kinder oft nur noch „verwahren“. Eine Abwärtsspirale aus Überlastung, Krankheit und Kündigungen ist bundesweit im Gange. Im April diesen Jahres wurde eine „Kollektive Gefährdungsanzeige“ von mehr als 27.000 Arbeitern unterzeichnet. Vor kurzem kritisierten 300 bürgerliche „Experten“ in einem offenen Brief die Situation in deutschen Kitas und insbesondere die Bundesregierung für ihren Umgang mit der frühkindlichen Bildung. Die Zustände in den Kitas gefährden das Kindeswohl, wird dort festgehalten. Die langfristigen Folgen für die Gesellschaft seien gravierend. Besonders Kinder aus ärmeren Familien

oder mit im Ausland geborenen Eltern drohen, den Anschluss zu verlieren. Bundesweit fehlen zuletzt fast 300.000 Kita-Plätze für Kinder unter drei Jahren. Jedes siebte Kind bleibt ohne Platz. Oft sind es Kinder ausländischer Familien, die bei der Vergabe benachteiligt werden. Im Vergleich zu Kindern mit „deutschen“ Eltern besuchen Kinder mit im Ausland geborenen Eltern deutlich seltener eine Kita: Während 76,8 Prozent der Drei- bis Fünfjährigen und 22,3 Prozent der unter Dreijährigen mit im Ausland geborenen Eltern eine Kita besuchen, liegt der Anteil bei Kindern mit „deutschen Eltern“ bei 99,3 Prozent bzw. 44,5 Prozent.

Die Berliner Kita-Arbeiter haben zuletzt eine klare Stellungnahme abgegeben: 91,7 Prozent der ver.di-Mitglieder und 82 Prozent der GEW-Mitglieder haben in der Urabstimmung für einen unbefristeten Streik ab dem 30. September gestimmt – dabei ist es eigentlich absurd, dass ein „unbefristeter Streik“ als etwas Besonderes gilt, während der deutsche „Warnstreik“ eher lächerlich erscheint. Das Ergebnis der Abstimmung ist ein wichtiger Sieg und ein Zeichen dafür, dass, je mehr sich die ökonomische Krise in Deutschland vertieft, auch wieder häufiger „richtig“ gestreikt wird. Die Widersprüche verschärfen sich hier, wie auch anderswo. In dem Moment, in dem die Arbeiter ihren Kampfwillen am deutlichsten zeigen, gerät die korrupte und bestochene Führung in Schwierigkeiten. Die Gewerkschaftsbonzen erklärten, dass ein unbefristeter Streik „drohe“ (sic!) und unter bestimmten Umständen noch abgewendet werden könne. Nach der Urabstimmung fand sofort ein Treffen von Gewerkschaftssekretären mit dem Finanzsenator und der Familiensensorin von Berlin statt. Ver.di versucht also wie gewohnt, den Kampf der Arbeiter zu unterdrücken, und betont in einer Stellungnahme, es gebe „erste Bewegungen beim Senat“. Das ist ziemlich dreist und geradezu hinterhältig, insbesondere nachdem man „demokratisch“ entschieden hat, in den Arbeitskampf zu gehen. Dies spiegelt die Ängste und Sorgen nicht nur des Senats, sondern auch der ver.di-Bosse wider, jedoch nicht den Willen der Kita-Arbeiter. Die kommenden Wochen werden entscheidend sein, um zu zeigen, ob und wie weit die Kita-Arbeiter die Gewerkschaften zwingen können werden, den Kampf für ihre Tagesforderungen und die Zukunft der Kinder zu führen. •

EUROPAS GRÖSSTES BORDELL – KRIMINELLES NETZWERK INKLUSIVE INNENMINISTER

Anfang September machte eine kleine Nachricht die Runde in den bürgerlichen Medien – „Staatsanwaltschaft Düsseldorf beschlagnahmt Großbordell Pascha in Köln“. Bei dem Einsatz rund um das größte Bordell Europas ging es jedoch nicht um die Bekämpfung von Prostitution und den widerlichen und gängigen Zuständen, unter denen Prostituierte leiden, sondern um Ermittlungen zu einer ganz besonderen Schleuserbande.

Ein Kriminalfall, bei der ein kriminelles Netzwerk innerhalb der NRW-CDU, ein Innenminister Herbert Reul, der Razzien gegen Antiimperialisten einsetzt, um von sich abzulenken, und ausreisewillige Mitglieder der chinesischen Bourgeoisie die Hauptrolle spielen.

Schon im Mai diesen Jahres berichtete ein Artikel auf DEMVOLKEDIENEN.ORG über die Aufdeckung eines 38 Köpfe großen kriminellen Netzwerkes.

Damals wurde durch mehrere Razzien ein Schleusernetzwerk aufgedeckt. Schon damals war das Brisante daran, dass es sich bei den Beschuldigten nicht um Angehörige irgendeiner „typischen“ Lumpenorganisation, wie der italienischen Mafia oder einer Rockerbande handelte, sondern es vor allem um kriminelle Netzwerke innerhalb der bürgerlichen Parteien NRWs ging.

Im Mittelpunkt der Ermittlungen stehen vor allem zwei Rechtsanwälte und langjährige CDU-Mitglieder. Der Kopf der Bande, Claus Brockhaus, arbeitete vormals als Berater und „Experte“ zum Thema der „Bekämpfung des Fachkräftemangels“. Seine Rechte Hand, Anwaltskollege Johannes Dähnert, war in einer renommierten Kölner Kanzlei für Wirtschaftsrecht tätig.

Die beiden Beschuldigten sollen mit ihren Parteiverbindungen in die CDU mit Zahlungen von insgesamt über 52.500 Euro dafür gesorgt haben, dass Kreisverbände und andere Organe der NRW-CDU die Türen für die reichen chinesischen Kunden besonders weit öffneten. Dafür bekamen die beiden um die 9 Millionen Euro von ihren Kunden aus der

chinesischen Bourgeoisie. Mit fingierten Arbeitsverträgen, Scheinfirmen und falschen Wohnadressen sollte somit der legale Aufenthalt in Deutschland ermöglicht werden.

Dafür trafen sich Brockhaus & Co. mit den reichen Chinesen auch mal medienwirksam im Hotel des ehemaligen CDU-Landrates Werner Stump (Rhein-Erft-Kreis), um die Lösung des „Fachkräftemangel“ öffentlich zu begrüßen.

Parallel dazu arbeiteten Brockhaus und Dähnert auch parteiübergreifend mit dem SPD-Politiker Jens Bröker zusammen, der in seiner Funktion als Referatsleiter für Wandel und Entwicklung mit satten 300.000 Euro Bestechungsgeldern dafür sorgte, dass die Bürokraten in der Ausländerbehörde „die richtigen Entscheidungen“ bei der Verteilung von Aufenthaltstiteln für die Chinesen trafen. Insgesamt ermittelt die Polizei inzwischen in mindestens 339 Fällen wegen illegal ausgestellter Aufenthaltsgenehmigungen in ganz Nordrhein-Westfalen.

Doch die Machenschaften des kriminellen Netzwerkes blieben nicht auf der Ebene der Kommunalpolitik, sondern gehen bis in die höchsten Kreise des NRW-Innenministeriums. So musste „Abschiebe- und Polizeiminister“ Herbert Reul Mitte Mai im Laufe der Ermittlungen vor laufenden Kameras zugeben, persönlichen Kontakt zu Brockhaus gehabt zu haben. Mehr noch, Herbert Reuls Kreisverband soll von Brockhaus knapp 30.000 Euro bekommen haben, welche direkt für Herbert Reuls Wahlkampf vorgesehen waren. Die Spenden sollen einmal über das Privatkonto des kriminellen Rechtsanwalts und über zwei seiner Firmen geflossen sein.

Am 15. Mai, dem Nakba-Tag, gibt NRW-Innenminister Herbert Reul dem Westdeutschen Rundfunk ein kurzes Interview, in dem er zwar den persönlichen Kontakt und die Spenden von Brockhaus zugibt, sich aber von den Korruptionsvorwürfen distanziert. Er sagt dabei, dass er Brockhaus als engagiertes CDU-Mitglied kennengelernt hat, welcher sich besonders im katholischen Bereich einsetzt.

Reul gibt weiter zu, dass es zu einem persönlichen Treffen mit Brockhaus kam, in dem dieser ihm in Aussicht stellte, ihm zu helfen und „neue Leute aus seinem Bekanntenkreis“ vorzustellen. Herbert Reul gibt bei der ganzen Affäre keine gute Figur ab, selbst bürgerliche Medien hinterfragen zu diesem Zeitpunkt die Integrität des Innenministers und der NRW-CDU, welche mehrere zehntausende Euro über die Köpfe eines kriminellen Netzwerkes innerhalb ihrer eigenen Reihen zugeschoben bekam. Geld, das, wenn man sich die 9 Millionen Euro durch Schleuseraktivitäten vergegenwärtigt, mindestens aus kriminellen Aktivitäten stammt und aller Wahrscheinlichkeit nach auch für die Fortführung dieser Aktivitäten an die NRW-CDU gezahlt wurde.

Keine 24 Stunden später wurden am 16. Mai um 6 Uhr morgens bewaffnete und maskierte Einheiten der Polizei NRW auf direkten Befehl von Herbert Reul auf die Privatwohnungen von vier Mitgliedern der antiimperialistischen Initiative „Palästinasolidarität Duisburg“ losgelassen, um ein Verbot gegen die Gruppe zu vollstrecken.

Wer ist noch bei diesen Durchsuchungen von Anfang an mit dabei? Alle relevanten bürgerlichen Medien, welche im Anschluss alle Titelseiten mit ihrer Hetze gegen die Antiimperialisten voll schreiben werden.

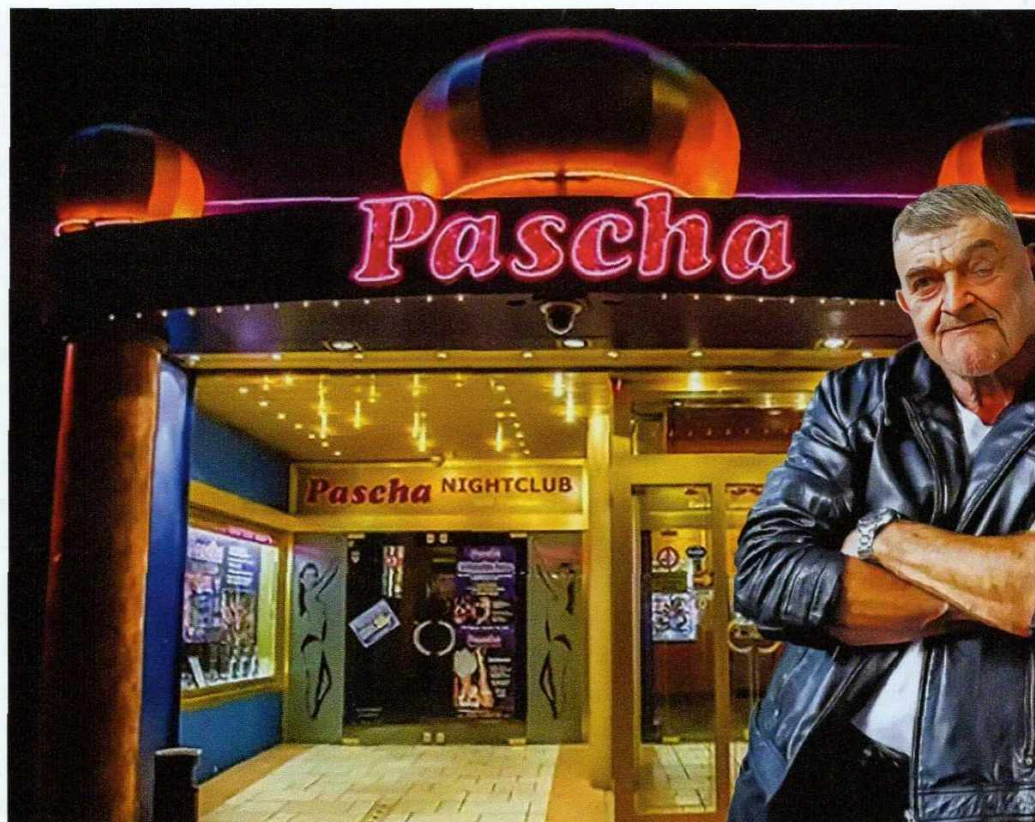
Seither wird zwar weiter ermittelt und sporadisch auch noch über die „Luxus-Schleuser“ berichtet, von den fast 30.000 Euro an Herbert Reul ist jedoch nirgends mehr die Rede. Ja, das Verbot von Palästinasolidarität Duisburg wurde lange Zeit geplant und medial vorbereitet. Man weiß inzwischen, dass schon Monate vorher die Verbotsverfügung auf Reuls Schreibtisch lag. Dass er dieses Verbot aber einen Tag nach seiner brisanten Verwicklung in einen möglichen Fall von organisierter Kriminalität und Korruption veranlasst

und die bürgerlichen Medien auf diese Art und Weise benutzt, um seinen Namen aus der Öffentlichkeit zu halten, spricht Bände.

Das Großbordell Pascha läuft unterdessen weiter, daran ändert auch die Beschlagnahmung nichts. Die Beschlagnahmung selber wurde veranlasst, weil einer der beiden Rechtsanwälte und Köpfe des Schleusernetzwerkes am dem Kauf des Bordells beteiligt gewesen soll und man einen Zusammenhang zu dem kriminellen Netzwerk innerhalb der bürgerlichen Parteien nicht ausschließen kann.

Die Bourgeoisie und ihr politisches Personal, die bürgerlichen Politiker, haben kein Problem mit Kriminalität, solange sie ihnen selber nützt. Das sollte uns spätestens seit der Cum-Ex-Affäre um den Paten von Hamburg, Gangsterkanzler Olaf Scholz, klar sein. Der Fall zeigt uns erneut die verdorbene Natur der bürgerlichen Politik und des Imperialismus als sterbendes und sich zersetzendes System.

Die gleichen Leute welche seit Monaten „Ausländer raus“ schreien, die Grenzen schließen, Muslime terrorisieren und einen Massenmord an Geflüchteten im Mittelmeer begehen, diese Leute sind sich nicht zu schade, ihrergleichen chinesisches Pendant hier rein zu schmuggeln, wenn das Geld und die Interessen stimmen. •



„HAMBURG TESTET GRUNDEINKOMMEN“ KLINGT DOCH GUT, ODER?



1.200€ im Monat – und das ohne einen einzigen Finger krumm zu machen. So, oder so ähnlich, könnte es in einigen Jahren hierzulande vielleicht laufen. Toll! Oder etwa doch nicht?

Die Rede ist vom sogenannten „bedingungslosen Grundeinkommen“, kurz BGE, welches nun seit einigen Jahren bundesweit vermehrt in der Diskussion steht. Ein „Volksbegehren“ mit dem selbsterklärenden Namen „Hamburg testet Grundeinkommen“ wurde kürzlich ins Leben gerufen und stellt einen anfänglichen Versuch dar, einen ersten Gesetzesentwurf für die Stadt auf den Weg zu bringen.

Im September wurden dafür 100.000 Unterschriften gesammelt, um dann parallel zur Bundestagswahl 2025 per „Volksentscheid“ über den ausgearbeiteten Gesetzesentwurf abzustimmen. Daher lohnt es sich jetzt bereits sich mit dem Thema auseinanderzusetzen, bevor es in einem Jahr vor der Tür stehen könnte – zumindest vorerst noch nur in Hamburg.

„Für soziale Gerechtigkeit!“ – unter diesem sehr breit gefassten und belanglosen Motto machen die Befürworter des Grundeinkommens Werbung für ihre Idee. Innerhalb der etablierten bürgerlichen Parteien, sprich die Interessensvertreter der unterschiedlichen Strömungen und Fraktionen innerhalb der Bourgeoisie

selbst, sind es vor allem die Linkspartei und die Grünen, die aktuell die Idee des Grundeinkommens zumindest grundlegend unterstützen.

Aber auch Charaktere wie Antonio Guterres, Generalsekretär der Vereinten Nationen, sprechen sich mit nicht unklaren Worten für das BGE aus:

„Die entwickelten Länder müssen eine Politik verfolgen, die den sozialen Zusammenhalt stärkt und Ungleichheit abbaut. Sie müssen in Bildung investieren, in die Ausbildung derer, die ihre Jobs verloren haben. Und es braucht gewaltige Investitionen in neue soziale Sicherungssysteme, etwa in bedingungslose Grundeinkommen.“ (Aus einem Interview mit der ZEIT, Dezember 2020)

Abseits der bürgerlichen Politik, ist das Grundeinkommen in Teilen eine durchaus populäre Idee. Oberflächlich betrachtet scheint es auch etwas fortschrittliches zu sein: der Staat drückt etwas von den etlichen Geldsummen an die breite Bevölkerung ab, was soll daran denn bitte schlecht sein?

Schlecht ist dabei vor allem die Illusion, die in den Köpfen entsteht: Die Illusion, das BGE würde die Gesellschaft grundlegend verändern, dass das Problem der „sozialen Ungerechtigkeit“ dadurch aufgehoben

oder überhaupt bekämpft werden würde. Es ist aber nichts als eine Reform des Bestehenden und nichts wirklich Neues was entsteht, nur mehr von dem selben Alten.

Das Grundeinkommen dient einem ganz bestimmten Zweck: das Menschen zu bestechen, sie mit ein bisschen Geld zu blenden. Diese Taktik der „sozialen Befriedung“ begegnen wir überall und immer wieder. Die Bourgeoisie versucht mit allen Mitteln einen falschen „sozialen Frieden“ zu schaffen, denn sie ist nicht blind. Sie sehen genau, was auf der Welt – und auch hierzulande – vor sich geht. Sie wissen genau, dass Deutschland keine Ausnahme ist und auch hier eine gewaltige Zeitbombe tickt, die jeden Moment droht, zu explodieren.

Der Fakt, dass das bedingungslose Grundeinkommen im aktuellen Moment keine größere Beliebtheit innerhalb der herrschenden Klasse genießt, ist für die Einschätzung dessen Charakters nebensächlich. Häufig wird die Ablehnung nämlich nicht damit begründet, dass es irgendeine Prinzipienfrage wäre, sondern geht es meistens schlicht um die Effektivität und die verbundenen Kosten in der Umsetzung des BGE. Also technische Fragen, keine politischen.

In der konkreten Realisierung wird häufig auch von einer Reform der „Sozialleistungen“ insgesamt gesprochen und damit verbunden von einer Vereinfachung bürokratischer Hürden für diejenigen, die aktuell diese Leistungen vom Staat beziehen. Aber das würde die Sachen nicht nur für die Bevölkerung erheblich vereinfachen, sondern auch für den Staat. Das ist eine Sache, über die sich die deutsche Bourgeoisie heutzutage viel Gedanken machen muss, denn die berüchtigte deutsche Bürokratie lähmt diesen Staat in seinem Handlungsspielraum.

Ein Abbau der Bürokratie, wo auch immer konkret, bedeutet also mehr Kapazitäten und einen handlungsfähigeren deutschen Imperialismus. Deshalb ist das Grundeinkommen doppelt interessant für die Bourgeoisie, wenn auch nicht unmittelbar jetzt sofort.

„Wer soll das denn bezahlen?!“ – diese Frage bekommt bei der bürgerlichen Debatte um das Grundeinkommen immer ein besonderes Gewicht. Viele Ökonomen und Politiker der herrschenden Klasse sind sich bisher einig gewesen: dafür ist kein Geld da. Aber wenn es um die Interessen des Finanzkapitals geht, ist es relativ egal, welches Preisschild dranhängt.

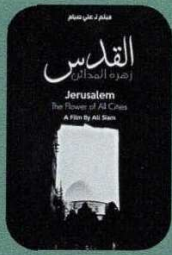
Die mittlerweile rund 2.500.000.000.000 Euro Staatsschulden halten das wohl jedem deutlich vor Augen. Daher ist der Knackpunkt nicht, dass aktuell zu wenig Geld da wäre, sondern, dass sie es aktuell noch nicht für nötig erachten, diesen Schritt zu gehen. Andere, vielleicht einfachere und erprobte Mittel reichen den Herrschenden aktuell ihrer Ansicht nach noch aus, um ihre Ziele zu erfüllen.

Dennoch bleibt das Grundeinkommen, als perspektivisches Mittel zur Besänftigung der Massen, ein doch recht teures Unterfangen. Daher ist die Frage, woher die BRD das Geld denn nehmen soll, eine durchaus berechtigte Frage. Die Antwort hingegen ist recht simpel: von der Arbeiterklasse und den Völkern der Welt – hier im Land nimmt der Staat den Arbeitern nicht nur die Lohnsteuer weg, sondern besteuert das bereits versteuerte Einkommen nochmals, u.a. mit 19 Prozent Mehrwertsteuer, gleichzeitig plündern deutsche Staatsmonopole in aller Welt, nur indem die unterdrückten Länder bis ans Äußerste ausgebeutet werden, kann der deutsche Imperialismus mit dem Gedanken eines Grundeinkommens überhaupt spielen.

Natürlich hat die Forderung nach einem Leben in Würde, und die damit verbundenen angemessenen ökonomischen Mittel, eine gerechtfertigte Grundlage. Diese führt allerdings zwangsläufig dazu, gegen die Ausbeutung zu kämpfen, was sich konkretisiert: **„Andere werden reich durch unsere Schufterei – nieder mit der Lohnsklaverei!“**. Ein „Leben in Würde“ auf Kosten der unterdrückten Nationen, auf Grundlage des imperialistischen Extraprofits, ist ein Leben als Parasit, und entsprechend parasitär ist auch die eine Seite des Grundeinkommens.

Niemand, der für eine wirklich Lösung der Probleme dieser Gesellschaft ist, darf auf die unterschiedlichen Tricks hereinfliegen, die die Imperialisten bereithalten. Das Grundeinkommen ist nur einer dieser Tricks. Getarnt als etwas Progressives, aber in Wirklichkeit im Dienste derselben Bourgeoisie, die an unserer Lohnsklaverei überhaupt erst schuld ist. Lohn bedeutet Raub, denn der Mehrwert wird uns gestohlen. Gesellschaftliche Produktion und private Aneignung zwingen uns ein Sklavenleben auf, gegen welches jede Rebellion gerechtfertigt ist. Genauso wie sich die Ausbeutung nicht „abwählen“ lässt, lässt sie sich auch nicht „wegreformieren“. Einen Teil des Volk damit an die Wahlurnen zu locken, ist nur ein billiger Trick, der nicht wirken wird. •

EINIGE FILME ÜBER PALÄSTINA



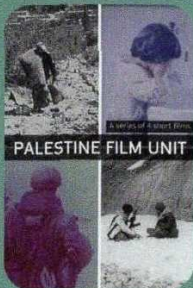
„**Jerusalem, die Blume aller Städte**“ (1969) zeigt das palästinensische Leben in Jerusalem, das durch die israelische Besetzung nach dem Sechstagekrieg 1967 stark beeinträchtigt wird.



„**Revolutionäre Erklärung**“ (1971) dokumentiert die Reise der Filmemacher Wakamatsu Koji und Adachi Masao nach Libanon, wo sie die japanische Rote Armee und die Volksfront zur Befreiung Palästinas trafen, um einen Propagandafilm zur Unterstützung des palästinensischen Widerstands zu drehen. Der Film zeigt die alltägliche Routine des militärischen Trainings und die Vorbereitungen auf den bevorstehenden Kampf und kombiniert einen langsamen, landschaftlich geprägten Stil mit der Militanz der Organisationen.



„**Glüh der Erinnerungen**“ (1972) konzentriert sich auf einen alten Palästinenser, der das Motiv des Gemäldes „Erinnerungen und Feuer“ des Künstlers Ismail Shammout darstellt. Durch Archivfotografien und Shammouts eigene Malereien entfaltet der Film die Erinnerungen und erzählt von den Erfahrungen des palästinensischen Volkes und dem Widerstand. Mit einer Montage aus Bildern und Klängen, ohne Erzählung, schafft Shammout eine nonverbale Erzählweise, inspiriert von frühen sowjetischen Filmemachern.



„**Szenen der Besetzung in Gaza**“ (1973) zeigt die Realität der 1967 begonnenen israelischen Besetzung in Gaza. Er dokumentiert das Leben der Palästinenser unter Besetzung, die Zerstörung und den Widerstand. Durch experimentelle Schnitttechniken vermittelt der Film spezielle Perspektive auf die Auswirkungen der Besetzung.



„**Palästina im Blick**“ (1976) ist eine Hommage an den Kameramann Hani Jawhariya, der während Dreharbeiten ermordet wurde, und dokumentiert seinen Einfluss auf die Palästinensische Film Einheit der PLO sowie deren (damals) kollektive Arbeitsweise und internationale Verbindungen.

„**Quneytra 74**“ (1974) zeigt Menschen am Rand der zerstörten Stadt Kuneitra. Der Film nutzt Licht, Schatten, Stille und Klang, um die den Bürgerkrieg zu reflektieren.

„**Ein Teller Sardinien**“ (1997) ist ein Dokumentarfilm von Omar Amiralay, der berichtet, wie er zum ersten Mal von Israel hörte, und dabei sowohl die israelische als auch die syrische Regierung anprangert, was zur Verbannung des Films in Syrien führte. (QR-Codes zu Teil 1 und 2)



„**Hier und Anderswo**“ (1976) integriert Aufnahmen, die für einen abgebrochenen pro-palästinensischen Film gedreht wurden, der eingestellt wurde, nachdem die Protagonisten ermordet wurden. Der



Film kritisiert, wie der Imperialismus die Medien nutzt, um die Ziele von und revolutionären und nationalen Befreiungsbewegungen zu verzerren.

„Über Gewalt“ (2014) nutzt neu entdecktes Archivmaterial, das entscheidende Momente im Befreiungskampf in der Dritten Welt dokumentiert.

Der Kurzfilm „Jerusalem (Al Quds)“ (1968) von Vladimir Tamari entstand nach dem ersten Jahrestag der Besetzung von Jerusalem durch die israelische Armee 1967. Mit Archivmaterial der UNRWA zeigt er die Emotionen der Palästinenser über den Verlust ihrer Hauptstadt und das Zentrum ihres kulturellen Lebens. Tamari bearbeitete das Filmmaterial und fügte Musik von Freunden hinzu, um die Gefühle der palästinensischen Gemeinschaft auszudrücken.

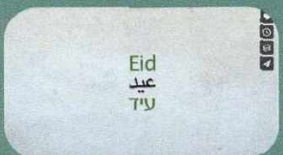
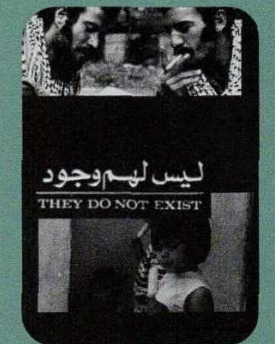
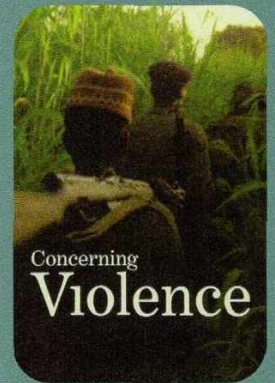
„Sie existieren nicht“ (1974) dokumentiert unter außergewöhnlichen Bedingungen die Lebensverhältnisse in libanesischen Flüchtlingslagern, die Auswirkungen israelischer Bombardierungen und das Training von Guerillakämpfern.

„Mahdi Amel -
Über die koloniale Produktionsweise“ (2024)

„Der Besuch“ (1970) vom irakischen Regisseur Kais al-Zubaidi wechselt zwischen poetischen Texten über Exil und Tod und schattenspielerartigen Sequenzen, die den Versuch eines palästinensischen Mannes zeigen, die Grenze zu überqueren und nach Hause zurückzukehren, und dabei ohne Dialoge oder Sprachübertragungen auskommt, untermalt von einer Mischung aus atonalen Klängen, elektronischen Störungen und traditioneller Musik, um das Trauma des Exils für staatenlose Palästinenser im Nahen Osten und darüber hinaus auszudrücken.

„Eid“ (2011) ist ein Kurzfilm in Stop-Motion-Animation, der das Leben von Eid, einem palästinensischen Beduinen, der unter israelischer Besatzung lebt, porträtiert. Seit seiner Kindheit sammelt Eid Schrottmaterialien und verwandelt sie in Kunstwerke.

„Elektrisches Gaza“ (2015) •



WWW.DEMVOLKEDIENEN.ORG



Täglich neue Nachrichten von Kämpfen in den Vierteln, Entwicklungen in der BRD sowie aktuelle Informationen über den Widerstand in den unterdrückten Nationen auf deutsch und englisch.

KOMMENDE TERMINE

BREMEN

Café Rebellion
BDP-Haus (Am Hulsberg 136)
Jeden Mittwoch
ab 17 Uhr

KONTAKTE

BUNDESWEIT

Roter Bund | kontakt@roterbund.de
Rotes Frauenkomitee | rfk-kontakt@roterbund.de

BADEN-WÜRTTEMBERG

Roter Bund | bw@roterbund.de

BERLIN

Roter Bund | berlin@roterbund.de

BREMEN

Roter Bund | bremen@roterbund.de
Rotes Frauenkomitee Bremen | rfk-bremen@roterbund.de

HAMBURG

Roter Bund | hamburg@roterbund.de
Rotes Frauenkomitee Hamburg |
rfk-hamburg@roterbund.de

NRW

Roter Bund | nrw@roterbund.de

**ROTE
POST** 